

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H.
Berlin SW. 68

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek

Jedes Heft bildet ein abgerundetes Ganzes

- Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller
- Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein
- Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschhoff
- Heft 4. Der Achtsundentag. Von Dr. Jadel-Berlin
- Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich
- Heft 6. Das Schulkind. Von Dr. Silberstein
- Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert
- Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes
- Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein
- Heft 10. Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein
- Heft 11. Frauenleiden und deren Verhütung. Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. Von Dr. Jadel-Berlin
- Heft 12. Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Theising
- Heft 13. Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter
- Heft 14. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von E. Jordan. Mit fünf anschaulichen Textillustrationen
- Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Martuse
- Heft 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald. Mit vielen Abbildungen
- Heft 17. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. Mit zahlreichen Illustrationen
- Heft 18. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein
- Heft 19. Die Krankenpflege im Hause. Von Joh. Kanter-Mannheim. Mit einer Einleitung des Herausgebers
- Heft 20. Die Proletarierkrankheit, ihre Entstehung und Verbreitung, Verhütung und Heilung. Von Dr. Jadel-Berlin
- Heft 21. Atmungsorgane. Von Otto Kühle. Mit zahlreichen Illustrationen
- Heft 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. B. Chajes-Berlin. Mit einer Abbildung
- Heft 23. Wie hüten wir uns vor Herzkrankheiten? Von Dr. E. Rehfisch
- Heft 24. Die Hygiene der Arbeiterwohnung. Von Hugo Hillig-Hamburg
- Heft 25. Die Schmarotzer des Menschen. Von Dr. H. Eipschütz. Mit zahlreichen Illustrationen
- Heft 26. Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens. Von Dr. H. Schwerin. Mit Abbildungen
- Heft 27. Sport und Arbeiter. Von Dr. Silberstein
- Heft 28. Die Jahre der Geschlechtsreife. Von Dr. Popitz-Leipzig
- Heft 29. Volksernährung. Von Dr. Julian Martuse
- Heft 30. Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf. Von Dr. Jadel-Berlin
- Heft 31. Die Berufskrankheiten der Buchdrucker. Von Dr. Silberstein

Jedes Heft kostet 20 Pfennig

Die Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben
und sollten in keiner Familie fehlen

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

385 15 / 1
Sozialdemokratische Flugschriften

XII

Imperialismus oder Sozialismus



Preis 10 Pfennig



Berlin 1912

Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68
(Hans Weber, Berlin)

A24152

Sozialdemokratische Flugschriften

Unter diesem Sammeltitel erscheint auf Veranlassung des Parteivorstandes eine in zwangloser Reihenfolge herausgegebene Serie von Flugschriften. Jedes der Hefte soll in leicht verständlicher Form Fragen des öffentlichen Lebens behandeln, die für die Arbeiter von besonderer Bedeutung sind. Jede dieser für die Massenverbreitung bestimmten Schriften ist für sich abgeschlossen.

Die „Sozialdemokratischen Flugschriften“ sollen die Einwendungen der Gegner gegen unsere Weltanschauung widerlegen und die von unserer Partei befolgte Politik rechtfertigen. Sie sollen den Lügen und Verleumdungen, mit denen gegen die Arbeiterklasse gehebt wird, entgegen treten. Sie verfolgen aber auch den Zweck, das Verständnis für den Sozialismus in weitere Kreise zu tragen und der Sache des Proletariats neue Anhänger zu werben.

Erschienen sind:

- Hefte 1: Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung
- Hefte 2: Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Sozialdemokratie
- Hefte 3: Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen
- Hefte 4: Die Sozialdemokratie und die technischen Angelegenheiten in Industrie und Gewerbe, Bergbau, Schifffahrt und Landwirtschaft
- Hefte 5: Die Sozialdemokratie und das Heer
- Hefte 6: Lebensmittelwucher und Warensteuerung
- Hefte 7: Beamtschaft und Sozialdemokratie
- Hefte 8: Die indirekten Steuern und Zölle. Wer sie zahlt und wem sie nützen
- Hefte 9: Warum mußt Du Sozialdemokrat sein.
- Hefte 10: Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin
- Hefte 11: Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie.

Der Preis der einzelnen Hefte beträgt 10 Pfennig.
Vereine und Gewerkschaften erhalten bei Bezug für
Massenverbreitung billigste Preise.

Imperialismus oder Sozialismus?

1. Wirtschaftliche und soziale Umgestaltungen.

In eine neue Sturm- und Drangperiode ist der Kapitalismus seit der Mitte der neunziger Jahre getreten. Bis dahin war die ökonomische Entwicklung seit der Weltkrise im Jahre 1873 vergleichsweise langsam und allmählich verlaufen. Es war eine stetige Ausdehnung kapitalistischer Produktion, wie sie sich in England, dem Weltmarktbeherrscher, entwickelt hatte, über die Staaten des europäischen Festlandes und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Zugleich bedeutete diese Entwicklung sozial die völlige Verdrängung der handwerklichen Produktion durch die kapitalistische, die Proletarisierung der kleinen Produzenten und die Schaffung der immer zahlreicher werdenden Klasse der Lohnarbeiter. Der intensive wirtschaftliche Aufschwung, der in den neunziger Jahren einsetzte, die rasche Aufeinanderfolge von Zeiten der Hochkonjunktur, die nur durch kurze Krisen unterbrochen werden, zeigen das Ende dieser ökonomischen Periode der vornehmlich inneren Durchkapitalisierung der führenden Staaten an und zugleich den Beginn einer anderen Periode, die gekennzeichnet ist durch die stärkste Wenderung in dem inneren Aufbau der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, sowie durch eine neue ungleich intensivere Welt Eroberung des Kapitals.

War die frühere Periode charakterisiert vor allem durch den Kampf kapitalistischer Produktion mit rückständigen Erzeugungsweisen, so führt jetzt das Großkapital seinen siegreichen Kampf gegen das Klein- und Mittelkapital durch und errichtet seine unbedingte Herrschaft über die Wirtschaft. Nicht mehr die Konsumtionsmittelindustrie, die den unmittelbaren Lebensbedarf liefern, haben innerhalb der Industrie die Führung, sondern jene Produktionszweige, die die Rohstoff- und Produktionsmittel liefern. Die nach unseren heutigen Begriffen klein- und mittelmittelkapitalistische Textilindustrie hat ihre einstmalige erste Stelle längst an die hochkapitalistischen Zweige der Kohlen- und Eisen-, der Maschinen-, der chemischen und elektrischen Industrie abgeben müssen.

Zugleich haben sich die Organisationsformen der Industrie von Grund auf geändert. Der selbständige Kapitalist, dem sein Unternehmen selbst gehört, verschwindet immer mehr; an seine Stelle tritt die Aktiengesellschaft, in der vom Kapital bezahlte Angestellte die Leitung der Produktion führen. Die Form der Aktiengesellschaft erleichtert außerordentlich die Aufbringung auch der größten Kapitalien

und macht es so möglich, daß die Unternehmungen auf der größten Stufenleiter, die der Stand der Technik verlangt, geführt werden. Zugleich gibt ihre Gründung Gelegenheit zu außerordentlichen Gründungsgewinnen und wird damit neben der Börsenspekulation der Eingeweihten in den Aktien eine wirksame Förderin der Zusammenballung größter kapitalistischer Vermögen.

Zudem erleichtert die Aktiengesellschaft die Vereinigung früher getrennter und selbständiger Unternehmungen zu einer einzigen in außerordentlicher Weise. Und gerade dieses Vereinigungstreiben ist für die moderne große Industrie charakteristisch. Wie der Einzelunternehmer, so verschwindet auch immer mehr das frühere Einzelunternehmen. Man sucht alle aufeinanderfolgende Stufen der Produktion von der Rohmaterialerzeugung bis zum fertigen Produkt zusammenzufassen, sie zu kombinieren. So vereinigt ein einziges Unternehmen die Kohlen- und Erzgewinnung, die Herstellung des Roheisens und seine Verwindung in Stahl mit der Verarbeitung im Walzwerk zu Trägern und Schienen, zu Blechen und Drähten, und dem Transport dieser Produkte. Ständig wächst die Größe der einzelnen kapitalistischen Unternehmungen, und ihre Vereinigung läßt die Riesen entstehen, die heute für die sogenannte schwere Industrie typisch geworden sind.

Zugleich mit dieser enormen Konzentration der Industrie verflechten sich die Beziehungen zwischen Bank- und Industriekapital immer mehr. Die Banken sammeln das momentan unbeschäftigte Geld der Industriellen wie der anderen Klassen der Bevölkerung und stellen es den Unternehmungen zur Verfügung. Und je größer die Unternehmungen, desto wichtiger wird auch im allgemeinen für sie die Verfügung über den Kredit der Banken, um alle Konjunkturen rasch auszunützen zu können. Und die Form der Aktiengesellschaft stärkt gleichfalls diesen Einfluß der Banken. Die Banken sind es, die die Aktien ausgeben und für ihre Unterbringung sorgen, die den Kursstand an der Börse kontrollieren und schließlich als Eigentümer oder als Vertreter vieler Aktionäre das Stimmrecht ausüben und die Generalversammlung beherrschen. Je größer aber die industriellen Unternehmungen, desto größer muß auch die Bank sein, mit der solche Unternehmungen arbeiten können. Und so sehen wir, daß parallel mit der Konzentration in der Industrie und sie schließlich noch weit übertreffend, eine Konzentration im Bankwesen platzgreift, so daß heute sechs Berliner Großbanken, jede mit mehr als 100 Millionen Mark Kapital, die eigentlichen Beherrscher des deutschen Wirtschaftslebens sind. Das Finanzkapital vereinigt so in sich immer mehr die ökonomische Macht der bürgerlichen Gesellschaft.

Je größer die Unternehmungen, desto größer können für sie aber die Gefahren der Konkurrenz werden. Wenn ein kapitalkräftiges, technisch besser ausgerüstetes Werk einem schwächeren und rückständigeren gegenübersteht, dann ist der Ausgang der Konkurrenz nicht zweifelhaft, dann wird das für das größere Werk kein Grund sein, dem Kampfe auszuweichen. Im Gegenteil, nach dem Sieg fällt ihm ja der ehemalige Abzug des Konkurrenten zu. Anders aber, wenn sich einige große, annähernd gleich starke Unternehmungen gegenüberstehen. Dann ist der Ausgang unsicher und nur gewiß, daß der Kampf lang dauern und für alle Beteiligten außerordentlich verlustreich sein wird. So entsteht das Bestreben, die Konkurrenz auszuschalten, den Kampf zu vermeiden und eine Vereinbarung zu treffen, um gemeinsam das Ausmaß der Produktion festzusetzen, die Preise hinaufzuschrauben und den Markt monopo-

listisch zu beherrschen. Und das Bestreben der Großindustrie erhält die kräftigste Förderung durch die Großbanken. Denn eine Bank, die z. B. einer Reihe von Eisenwerken Kredit gewährt hat, muß fürchten, durch die Schädigungen des Konkurrenzkampfes selbst in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Sie wird daher den großen Einfluß, den sie über die Werke besitzt, dazu benutzen, um auch etwaige Widerstrebende der Vereinbarung geneigt zu machen. So sehen wir als das schließliche Resultat des kapitalistischen Konkurrenzkampfes das Bestreben erwachen, die Konkurrenz auszuschalten und an ihre Stelle das kapitalistische Monopol zu setzen. Kartelle und Trusts beherrschen immer mehr das Wirtschaftsleben. Die Zeiten der freien Konkurrenz sind für die entscheidenden Industrien im Innern der kapitalistischen Staaten vorbei. Ungeheure Profite wirft die monopolistische Ausbeutung der Kapitalmagnaten ab. Riesig rasch ist die Konzentration des Kapitals fortgeschritten. Drei Duzend Männer beherrschen in den Vereinigten Staaten die ungeheure Produktion des Riesenreiches; 300 Männer, die sich alle untereinander kennen, sind nach dem sachverständigen Zeugnis Rathenaus die Beherrscher des europäischen Wirtschaftslebens. Und in ganz wenigen Organisationen ist diese Herrschaft zusammengefaßt. Hinter den mächtigen Kartellen, die vor allem die Produktionsmittel der heutigen Gesellschaft liefern und damit auch alle anderen Zweige der Industrie immer mehr in ihre Abhängigkeit bringen, stehen die modernen Großbanken, und die Chefdirektoren der Berliner Großbanken, die sind es heute in erster Linie, die das deutsche Wirtschaftsleben und damit zum guten Teil das deutsche Volk beherrschen.

Wenn die 300 Kapitalmagnaten ersetzt würden durch Vertrauensmänner des Proletariats, dann könnte die Produktion ohne weiteres anstatt im Interesse des Kapitals, im Interesse der arbeitenden Klassen geleitet und der Uebergang zur sozialistischen Organisation der Volkswirtschaft begonnen werden. So weit ist heute schon die kapitalistische Vorarbeit gediehen.

2. Die Wirtschaftspolitik des Imperialismus.

Die tiefgehenden ökonomischen Aenderungen, von denen wir eben gesprochen haben, sind natürlich für die Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Staaten von größtem Einfluß. Sie bestimmen vor allem den Charakter der modernen Handelspolitik. Noch zu Anfang der siebziger Jahre schien die Freihandelspolitik, bei der die ältere englische Industrie, die keine Konkurrenz zu fürchten brauchte, vorzüglich ihre Rechnung fand, in stetigem Vordringen begriffen. Aber immer mehr wuchs der Widerstand der festländischen Kapitalisten gegen den Freihandel, der ihre mit den Anfangsschwierigkeiten kämpfende Industrie der weitaus mächtigeren englischen schuklos preisgab. Die europäischen Industriellen hatten keine Lust, die Kosten dieser englischen Konkurrenz selbst zu tragen. Mit Hilfe des Schutzzolles wollten sie diese auf die Masse der inländischen Konsumenten abwälzen. Eine Schutzzollmauer sollte auch die zurückgebliebene deutsche Industrie vor dem übermächtigen Rivalen schützen, bis sie stark genug wäre, um ohne staatliche Fürsorge in den Kampf um den Weltmarkt eintreten zu können. Es sollten Erziehungszölle sein, die die Uebergangszeit erleichterten. Die schwere Krise, die 1873 über die kapitalistische Welt hinwegsetzte, stärkte die schutzzöllnerische Strömung in der Industrie.

Und bald fand diese an den Agrariern mächtige Bundesgenossen. Deutschland war aus einem Getreideexportland ein Getreideimportland geworden, und schon kündigte sich die überseeische Konkurrenz an, die für lange Jahre hinaus eine sinkende Tendenz der Getreidepreise verursachte. Die Großgrundbesitzer verwandelten sich aus begeisterten Freihändlern in immer dringender werdende Befürworter des Schutzzolls. Dazu kam noch das fiskalische Interesse an der Erschließung neuer Einnahmequellen. 1879 wurde die Wandlung vollzogen und Bismarck begann die sogenannte nationale Wirtschaftspolitik. Der Freihandel, der eine Zeitlang die Welt zu erobern schien, hatte eine entscheidende Niederlage erfahren.

Die weitere Entfaltung des Kapitalismus änderte allmählich den Sinn der industriellen Schutzzollpolitik. Die deutsche Industrie war mächtig erstarkt und vom ökonomisch-technischen Standpunkt aus durchaus befähigt, jeder anderen Industrie auf dem Weltmarkt die Spitze zu bieten. Eine Zeitlang schien es, als würde damit auch die Schutzzollpolitik allmählich aufgegeben werden müssen und an ihre Stelle eine Politik, wenn nicht des Freihandels, so doch langfristiger Handelsverträge mit niedrigen Zöllen treten. Caprivi machte sich zum Träger dieser Politik, deren Grundsätze die Handelsverträge von 1893 entsprachen.

Doch alsbald erhob sich gegen diese Politik wachsender Widerstand. Zwar hatte die überseeische Konkurrenz ihre Gestigkeit verloren, aber die Getreidepreise blieben auf einem relativ mäßigen Niveau. Die Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle hatte eine Ermäßigung der Bodenpreise bewirkt und die Agrarier fühlten sich in ihren wichtigsten Interessen getroffen. Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle war der Kampftruf, durch den die Großgrundbesitzer alle Schichten des platten Landes um ihren Bund der Landwirte sammelten.

Und wieder kam ihnen die Industrie zu Hilfe. Es waren gerade die Vertreter der stärksten und entwickeltsten Industrien, die nun für den Hochschutzzoll ins Feld rückten. Die Erfahrung hatte sie gelehrt, daß der Schutzzoll, indem er die ausländische Konkurrenz fernhält, ein ausgezeichnetes Mittel ist, um die Kartellierung zu erleichtern. Die Kartelle konnten jetzt das Verhältnis von Angebot und Nachfrage für den inländischen Markt bequem so einrichten, daß der Preis der zollgeschützten Waren ständig um den Betrag des Zolles über den Weltmarktpreis gehalten wurde. Der Schutzzoll war als Erziehungszoll für die längst erstarkte Industrie überflüssig geworden, aber er war ein Vereicherungszoll geworden, das beste Mittel, die Kartellbildung treibhausmäßig zu fördern und den monopolistischen Industrien zu gestatten, in der Höhe des Zolles eine indirekte Steuer auf ihre Waren von allen Verbrauchern zu erheben. Ein solcher Vereicherungszoll mußte die Kartellmagnaten mit den agrarischen Grundrentnern vereinigen. Aus dieser Vereinigung entstand jener Wucherzolltarif, dessen Folgen angesichts der enormen Verteuerung der Lebenshaltung keinem mehr verborgen sind.

Die Schutzzollpolitik zerriß, was der Freihandel zu einem hoffte. Sie zerteilte den Weltmarkt in lauter einzelne Wirtschaftsgebiete und steigerte zugleich die Gegensätze, die das kapitalistische Ausdehnungsbestreben zur Folge hatte. Die Monopolisierung durch den Schutzzoll war für das nationale Kapital ein zu bequemes Mittel, als daß es so leicht seine Anwendung auf das nationale Wirtschaftsgebiet beschränkt

hätte. Immer mehr suchten die Schutzzollländer Stücke des Weltmarktes für sich allein zu reservieren. Das Streben aller kapitalistischen Länder ging so immer mehr darauf aus, neue Kolonien zu erwerben und sie durch Zollmauern gegen fremde Konkurrenten abzuschließen.

3. Der kapitalistische Ausdehnungsdrang.

Die Sturm- und Drangperiode, in der sich der Kapitalismus befindet, bedeutet aber zugleich eine ungeheure Steigerung der Produktion, die des Absatzes bedarf. Eine Vorstellung davon geben die Ziffern der Kohlen- und Eisenproduktion von 1890 bis 1910.

Kohlenproduktion in 1000 metrischen Tonnen:

	Im Jahre 1890	1900	1910
Deutschland	89 281	149 788	222 802
England	184 529	228 795	268 007 (1909)
Vereinigte Staaten	148 127	244 658	397 000 (1909)

Roheisenproduktion in 1000 metrischen Tonnen:

	Im Jahre 1890	1900	1910
Deutschland	4658	8521	14 794
England	8081	9108	10 547
Vereinigte Staaten	9850	14011	27 787

Diese riesig zunehmende Produktion bedeutet zugleich eine riesige Reichtumsansammlung in den Händen des konzentrierten Großkapitals, der Kartelle und Trusts. Der Absatz auf dem inländischen Markt ist aber beschränkt. Denn das Kapital hält die Masse der Bevölkerung unter seinem lastenden Druck. Es sucht die Arbeiter auf das zur Erhaltung ihres Lebens Notwendige zu beschränken. Die sozialistische Gesellschaft würde alle die ungeheuren Produktionsmittel sofort dazu benützen, um das für die Volksgenossen im Innern der Staaten Notwendige zu produzieren. Die Kapitalisten aber suchen nach neuen Märkten, neuen Absatz- und Ausbeutungsgebieten im Ausland, um ihre Produkte mit möglichst hohem Profit loszuschlagen.

Dieses Expansionsstreben beherrscht von jeher die kapitalistische Politik. Es wird aber jetzt weit intensiver. Die Kapitalisten begnügen sich nicht mehr damit, ihre Produkte, z. B. Kattun, an die Bewohner Indiens oder Südamerikas als Waren zu verkaufen. Sie exportieren vielmehr ihre Waren als Kapital. Sie verpflanzen den Kapitalismus selbst in die bisher verschlossenen Erdteile, bauen dort Eisenbahnen und Telegraphen, betreiben dort Bergwerke, gründen Fabriken größten Stils und staten sie mit den modernsten Produktionsmitteln aus. Es ist diese Durchkapitalisierung der ganzen Welt, die für die ungeheure gestiegene Produktion der alten kapitalistischen Staaten den nötigen Absatz schafft. Und mit der kapitalistischen Produktion zugleich schafft das Kapital alle alten überlieferten Verhältnisse um, vernichtet die rückständigen Produktionsweisen, ruiniert und proletariisiert ihre Träger, wälzt alle sozialen Beziehungen von Grund auf um und schafft mit der ökonomischen zugleich die Bedingungen der politischen Umwälzung in den Ländern, in die sein Siegeszug führt. Der Kapitalexport ist so das wichtigste ökonomische Mittel der Welteroberung des Kapitals geworden.

4. Das imperialistische Ideal.

Während so das Kapital die ganze Erde zu seinem Ausbeutungsgebiet zu machen, die Welt immer mehr in ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu verwandeln strebt, zerreißt die Schutzzollpolitik dieses

Gebiet wieder in einzelne Stücke, deren Ausbeutung als Monopol der besonderen nationalen Kapitalistenklasse vorbehalten bleiben soll. Und zum Bestreben jeder Kapitalistenklasse wird es, das ihr gehörige Stück möglichst zu vergrößern. Die schutzöllnerische Wirtschaftspolitik steigert so den Gegensatz der Staaten untereinander. Da jeder den anderen aus dem Weltmarkt auszusperrern sucht, so sucht jeder mit Gewalt sich einen möglichst großen Teil des Weltmarktes anzueignen. So wird die kapitalistische Expansionspolitik im Verein mit der Schutzöllpolitik zur kolonialen Eroberungspolitik. Es entsteht das Ideal der Kapitalisten, ihr Reich auf Kosten aller anderen zu einem Weltreich, zu einem *Imperium* zu machen, das so umfassend ist, daß alle wirtschaftlichen Bedürfnisse des Kapitals in seinen Grenzen befriedigt werden können. Und da die Kapitalisten in ihrer immer straffer werdenden ökonomischen und politischen Organisation die Staatsmacht immer unbedingt beherrschen, da Bürokratie und Militär bei einer solchen Politik ihre Interessen gewahrt sehen und ihre Macht vermehren, wird die imperialistische Politik immer mehr zu der alle kapitalistischen Staaten beherrschenden. Die Idee vom ewigen Frieden, die die englischen Freihändler einst der kapitalistischen Welt zu erfüllen versprochen, wird verhöhnt und verspottet. An ihre Stelle tritt die Verherrlichung des Krieges und der Gewalt, und die Eroberung von Kolonien wird der Hauptinhalt der auswärtigen Politik.

Das Ziel dieser Kolonialpolitik ist aber nicht mehr die Erwerbung von Siedelungskolonien, wohin die überschüssige Bevölkerung abfließen könnte, wie solche im 18. Jahrhundert etwa die heutigen Vereinigten Staaten von Amerika für England gewesen sind. Denn eine solche Ueberschussbevölkerung existiert in den entwickelten Industriestaaten nicht mehr. Die kapitalistische Entwicklung führt immer mehr zu dem Resultat, die Bevölkerungsvermehrung zum Stillstand zu bringen, diesen wichtigen Antrieb des Kulturfortschritts stillzusetzen. In allen Industriestaaten sehen wir eine rasche Abnahme der Geburtenzahl, und nur der Rückgang der Sterblichkeitsziffern verhilft bis jetzt, daß die Bevölkerung dieser Staaten zum Stillstand kommt. Und dies in einer Zeit, wo die rasche Ausdehnung der Produktion auch immer neue Scharen von Arbeitern erfordert. Dies hat bewirkt, daß Deutschlands Auswanderung völlig geworden ist. Im Jahre 1910 waren es im ganzen rund 25 000 Personen, die Deutschland verließen und diesen stehen die 1 1/2 Millionen Ausländer gegenüber, die das deutsche Kapital alljährlich als billige Arbeitskräfte seinen Ausbeutungsbedingungen unterwirft. Und wie die Auswanderung aber schon gar nichts mit moderner Kolonialpolitik zu tun hat, beweist die Tatsache, daß die Auswanderer sich wohl hüten, deutsche Kolonien aufzusuchen. Gingen ja z. B. 1910 nicht weniger als 22 773 in die Vereinigten Staaten. In dem ganzen letzten Jahrzehnt sind im ganzen gerade 596 Deutsche nach Asien oder Afrika ausgewandert! Es ist also ein frecher demagogischer Schwindel, wenn gesagt wird, daß die Kolonialpolitik dazu dienen soll, deutschen Arbeitern und Bauern neue Heimstätten zu schaffen. Es sind ganz andere, rein kapitalistische Ziele, die die Kolonialpolitik in Wirklichkeit verfolgt.

Der große wirtschaftliche Aufschwung seit Mitte der neunziger Jahre hat den Preis der industriellen Rohstoffe, der Metalle und der Baumwolle besonders, stark in die Höhe getrieben und Kartelle und Trusts einerseits, Börsenmanöver andererseits haben die Verteuerung

weiter gesteigert. In den Kolonien suchen die Kapitalisten neue Bezugsquellen zu erschließen. Es gilt, Stätten zu finden, wo die Erzschätze zum Monopol großer kapitalistischer Gesellschaften gemacht oder wo Handelspflanzen, vor allem Baumwolle, von den verflachten Eingeborenen für den Weltmarkt produziert werden könnten. Nicht Siedelungs-, sondern Ausbeutungskolonien heißt die Lösung. Zugleich bietet die Erschließung der Kolonien dem Großkapital den gewünschten Absatz für seine Produkte. Eisenbahnen werden gebaut, deren Erträgnis die Steuerzahler den Unternehmern garantieren müssen, Häfen angelegt, neue Schifffahrtslinien eingerichtet und vom Staate reich subventioniert, Bergwerke werden gegründet, das Land den Eingeborenen abgenommen, um Plantagen anzulegen, eine wilde Land- und Börsenspekulation schließt sich an. Resultat: eine kleine Zahl von Kapitalmagnaten verfügt über neue Reichtümer. Um aber die Kolonien möglichst auszubeuten, muß das Kapital völlig frei schalten können. Es braucht vor allem möglichst freie Verfügung über das Land und über die Arbeitskraft der Eingeborenen. Deswegen werden die Eingeborenen ihrer Rechte beraubt; das Land wird ihnen abgenommen, sie werden rasch und plötzlich proletarisiert und gezwungen, als Besitzlose sich widerstandslos den härtesten Ausbeutungsbedingungen des Kapitals zu unterwerfen. Und wenn sie sich nicht gutwillig fügen, wenn sie zur Verzweiflung getrieben sich zur Wehre setzen wollen, dann greift die Staatsmacht ein und die europäischen Arbeiter müssen als Soldaten den „Aufstand“ niederwerfen und als Steuerzahler die Kosten für die glorreichen Kolonialkriege bezahlen. Diese gewaltsamen Methoden gehören zum Wesen der Kolonialpolitik, die ohne diese ihren kapitalistischen Sinn verlieren würde. Die Einbildung, Kolonialpolitik treiben, aber ihre gewaltsamen Methoden beseitigen zu können, ist nicht ernst zu nehmen. Das ist ebensowenig möglich, wie das Proletariat abzuschaffen, jedoch den Kapitalismus erhalten zu wollen.

Ihre Kolonien sucht die Kapitalistenklasse jedes Landes sich selbst vorzubehalten und fremde Kapitalisten auszuschließen. Der Freihandelsgrundsatz der offenen Tür wird immer mehr aufgegeben und auch die Kolonien in das durch Schutzollmauern abgeschlossene Gebiet einbezogen. So weckt jeder Kolonialerwerb der einen Macht den Neid und Widerstand der anderen. Damit wird die Kolonialpolitik, das notwendige Ergebnis der schutzöllnerischen Wirtschaftspolitik, zu einer beständig wirksamen Ursache kriegerischer Verwicklungen zwischen den großen kapitalistischen Staaten.

5. Imperialistische Gewaltpolitik.

Wir haben gesehen, wie der Kapitalexport das ökonomische Mittel der Welt Eroberung geworden ist. Sehen wir jetzt zu, wie die Politik in den Dienst des Kapitals gestellt wird.

Während die bürgerlichen Parteien der entwickelten kapitalistischen Nationen sich gegen den Ansturm der Arbeiterklasse immer mehr zusammenschließen, während sie immer lauter ihren Abscheu vor der Revolution bekunden und am liebsten aus ihren Geschichtsbüchern jede Erinnerung an die große revolutionäre Epoche des Bürgertums tilgen möchten, ist der Kapitalismus selbst wieder einmal zum großen Revolutionär geworden und die Gewalt wird zur Geburtshelferin neuer Entwicklungen.

In doppelter Gestalt wirkt die Gewalt: als Revolution und als Krieg. Der Kapitalismus dringt immer tiefer ein in die alten Agrarstaaten des Orients, er zerlegt alle alten sozialen Verhältnisse, schafft eine moderne bürgerliche Klasse und diese wird die Trägerin revolutionärer Umgestaltungen, sei es, daß diese sich wie in Japan, der Türkei, Persien und China gegen die alte Staatsmacht richtet, sei es, daß sie wie in Indien oder Ägypten als nationale Bewegung gegen die Fremdherrschaft auftritt. Zugleich bilden die Wirren, die die Revolution unvermeidlich nach sich ziehen, für die großen kapitalistischen Staaten die Gelegenheit, um die vorübergehende Schwäche zur Veranbarung oder völligen Einverleibung solcher Staaten auszunutzen. Bei den tiefen Gegensätzen innerhalb der kapitalistischen Welt bilden diese revolutionierten Staaten so neue Krisenherde, verschärfen die Kriegsgefahr oder führen selbst zu großen Kriegen.

Und in der Tat ist die Periode ökonomischer Umwälzung zugleich im größten Maße eine Kriegerperiode.

Das Jahr 1894 kündigt der Welt in dem chinesisch-japanischen Krieg das Erwachen Asiens an, zeigt, daß der Kapitalismus dort im fernsten Osten bei der verachteten gelben Rasse einen neuen Staat hat entstehen lassen, einen Nationalstaat nach europäischem Muster, mit der Technik der europäischen Industrie, mit der Mordtechnik der europäischen Waffen und mit allen Uebertreibungen des europäischen Nationalismus und Chauvinismus.

1896 führen die Vereinigten Staaten, das Land des jüngsten und konzentriertesten Kapitals, ihren ersten großen Kolonialkrieg und rauben Spanien den wertvollsten Teil seines Kolonialbesitzes. Der Besitz der Philippinen macht sie zu Interessenten bei allen Entscheidungen im fernen Osten Asiens. In diplomatischen Verhandlungen zwingen sie England den Verzicht auf den Bau des Panamakanals ab, bemächtigen sich des von ihm durchzogenen Gebietes, und gehen mit fieberhaftem Eifer an die Fertigstellung, um durch die Verbindung des Atlantischen mit dem Stillen Ozean ihre Kriegsflotte, die rasch vergrößert wird, instand zu setzen, bei allen großen Entscheidungen im Atlantischen und Stillen Ozean mitbestimmend aufzutreten. Zugleich macht das amerikanische Trustkapital sich an die wirtschaftliche Eroberung Mittel- und Südamerikas und wirft jeden Widerstand gegen sein Eindringen nieder, indem es in den widerstrebenden Staaten „Revolutionen“ finanziert, die es denn nach seinen Bedürfnissen ausnützt.

Dem Beispiel der jüngsten kapitalistischen Macht folgt die alte Großmacht des Kapitalismus, England; es führte 1899 den Burenkrieg um der Gold- und Diamantenfelder willen und gestaltete Südafrika zu einem englischen Kolonialreich.

Ganz Europa wird vom kolonialen Eroberungsfieber geschüttelt. Japan hat nicht nur die eigene Stärke, sondern auch Chinas Schwäche enthüllt; der Traum von der Aufteilung Chinas entsteht: Deutschland, England, Rußland, Frankreich, Japan besetzen Stücke des chinesischen Reiches und denken an die Einteilung Chinas in jene Interessensphären, die die künftige Aufteilung vorbereiten. Dieses Vorgehen weckt in China nationalen Widerstand. Die Boxerunruhen zeigen den Eindringlingen die Gefahr. Der berüchtigte Sunnenzug wird unternommen. Die Truppen der europäischen Großmächte, Japans und der Vereinigten Staaten rücken in Peking ein, an ihrer Spitze der

„Weltmarschall“ Graf Waldersee; ihr Willen macht den gehemmigten Chinesen die Gefahren klar, die sie bedrohen; die Reformbewegung, das Streben, China nach dem Beispiel Japans in einen modernen Militärstaat umzuwandeln, nimmt rasch zu und schlägt schließlich in die Revolution um. Der europäische Kapitalismus hat eine neue revolutionäre Großtat verrichtet; der älteste und konservativste Staat der Welt, der seit Jahrtausenden kaum eine Entwicklung gekannt hat, tritt in die Weltgeschichte ein und wird zu einem neuen Faktor des historischen Geschehens auch für die europäische Menschheit.

Der andere Staat Ostasiens, Japan, aber hat unterdessen in die europäische Geschichte bereits entscheidend eingegriffen. In dem gewaltigsten Kriege der neueren Zeit setzt es dem Vordringen Rußlands in Ostasien Halt. Es wirft die angestaunte russische Militärmacht nieder, vernichtet die russische Flotte. Und für Rußland erfüllt sich jetzt das Gesetz, das da heißt: Auf den Krieg folgt die soziale Revolution! Was die Japaner an staatlichen Machtmitteln noch haben stehen lassen, das geht jetzt in dem langen und grausamen Bürgerkrieg verloren. Nochmals siegt der russische Despotismus, aber er siegt um den Preis der Ohnmacht des Landes und sein Fundament ist vermorcht.

War Japans Sieg das Zeugnis von der erwachten Kraft Asiens, so rüttelte er fortwirkend in den übrigen, dem europäischen Vordringen preisgegebenen Nationen neue Kräfte auf. Aus Ostasien zurückgeworfen, suchte Rußland sich dort zu entschädigen, wo es den geringsten Widerstand erwarten durfte. Im Bunde mit England begann es gegen die Türkei vorzugehen. Die Antwort war die türkische Revolution. Der asiatische Despotismus Abdul Hamids hatte sich ohnmächtig erwiesen, dem europäischen Vordringen Widerstand zu leisten. Die Offiziere der Armee, die das alte Reich nach außen stark machen wollten, setzten sich selbst an die Spitze der Revolution. Die Konstitution wurde erzwungen, der Sultan entthront und gefangen gesetzt. Und dem türkischen Beispiel folgten die Perser nach.

6. England und Deutschland.

Wir sehen, die kriegerischen Ereignisse und die revolutionären Entwicklungen rücken von der Peripherie des Weltgeschehens immer näher dem europäischen Zentrum und wir wissen, seit Jahren stehen die großen europäischen Staaten unter dem zunehmenden Druck der Kriegsgefahr. Ihre unmittelbare und am stärksten wirkende Ursache ist der Gegensatz zwischen Deutschland und England. England, lange Zeit der unumschränkte Beherrscher des Weltmarkts, ist zugleich die größte Kolonialmacht. Deutschland hat seit Herstellung des Reiches mit Riesenschritten den englischen ökonomischen Vorsprung nachgeholt; seine Industrie steht heute — nicht zuletzt infolge der Höhe seiner Wissenschaft und der Intelligenz seiner von der Sozialdemokratie geschulten, zu höherem geistigen Leben erweckten Arbeiterschaft — keiner anderen nach. Aber als eines der jüngsten kapitalistischen Länder, das in der Zeit, als die Entscheidungen über die Welt fielen, politisch ohnmächtig war, hat Deutschland keinen nennenswerten Kolonialbesitz. Und nicht nur von England und Frankreich, auch von kleineren Staaten, wie Belgien, Holland, Portugal und Spanien wird Deutschland an Kolonialbesitz bei weitem übertroffen. Wir wissen aber bereits, daß das Kapital zu keiner Zeit mehr nach Ausweitung der Märkte, gewalttätiger Öffnung fremder

Gebiete und deren Aneignung und Einverleibung drängte als gerade heute.

Dies Streben beherrscht die deutsche auswärtige Politik seit dem Sturze Bismarcks. Die Erfolge sind vorerst gering. Unterdessen aber wird mit fieberhaftem Eifer an der Herstellung jenes Machtmittels gearbeitet, ohne das imperialistische Politik nicht getrieben werden kann: in einer verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit wird Deutschland die zweite Seemacht der Welt und schiebt sich an, die englische Vormachtstellung in Frage zu stellen. Der deutsch-englische Gegensatz als das die auswärtige Politik beherrschende Moment tritt aber um so mehr in den Vordergrund, als Rußland, durch den japanischen Krieg und die Revolution aufs äußerste geschwächt, als kriegerisch vollwertige Großmacht auf lange Zeit ausscheidet. Damit verschwindet der alte Gegensatz zwischen England und Rußland, der so lange die auswärtige Politik beherrscht hatte. Solange Rußland stark war, mußten sowohl Deutschland als England darauf gefaßt sein, daß Rußland bei jedem Konflikt zwischen ihnen die schließliche Entscheidung geben werde. Je nachdem es sich auf die eine oder andere Seite geschlagen hätte, hätte es den Kampf entscheiden und die Friedensbedingungen diktieren können. Dies wird nunmehr unmöglich. Rußland kann auswärtige Politik nur durch die Ausnutzung des deutsch-englischen Gegensatzes machen und ist dabei schon durch geographische Verhältnisse gezwungen, sich vornehmlich an England anzulehnen, dessen Flotte in jenen Gebieten, wo sich der russische Expansionsdrang betätigt, als stärkstes Machtmittel entscheidend ins Gewicht fällt. Neben Rußland treten auch die anderen alten Kolonialmächte auf Englands Seite, vor allem Frankreich. Dem alten Dreibund Deutschland-Österreich-Italien tritt die Tripelentente England-Rußland-Frankreich entgegen.

Rußland und England benutzen die persische Revolution, um Persien die Unabhängigkeit zu rauben und sich in die Herrschaft des Landes zu teilen. Österreich verflündet die Annexion der ehemals türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina. Die Tripelentente protestiert, die Kriegsgefahr wird akut, doch die militärische Schwäche Rußlands gegenüber der österreichisch-deutschen Uebermacht verhindert den Zusammenstoß. Die Krise geht vorüber, um von einer neuen abgelöst zu werden, dem Marokkokonflikt. Der Streit führt dicht an den Rand eines Weltkrieges, wird durch ein Kompromiß abgeschlossen, steigert aber den Gegensatz zwischen England-Frankreich und Deutschland noch weiter und wird zur Veranlassung einer neuen Beschleunigung im Wetttrüsten zu Wasser und zu Lande. Seine unmittelbare Folge ist der italienische Raubzug nach Tripolis. Der italienisch-türkische Krieg rollt die Orientfrage mit all ihren Gefahren auf. Denn in der Türkei stoßen alle Rivalitäten der Großmächte aufeinander. Ist doch Konstantinopel einer der wichtigsten strategischen Punkte. Konstantinopel begehren Engländer und Russen, Saloniki die Österreicher, die albanische Küste die Italiener; in der asiatischen Türkei stoßen deutsche, englische, französische und russische Interessen feindlich aufeinander, und um den Rest der europäischen Türkei würden die Balkanstaaten raufen, bis sie selbst vielleicht zur Beute siegreicher Großmächte würden.

Im fernen Osten aber bedeutet das revolutionäre China einen anderen Krisenherd. Die europäischen und amerikanischen Banken suchen die finanzielle Not des Reichenreiches zu benutzen, um es in Schuldnerrschaft zu stürzen, die später zu politischen Eingriffen führen kann.

Japan und Rußland aber verständigen sich über die Erweiterung ihrer Einflusssphären in China, um die riesigen Gebiete der Mandschurei und Mongolei ihrer Herrschaft einzuverleiben.

So sind Krieg und Revolution der Welt wieder alltägliche Erscheinungen geworden und der Inhalt aller bürgerlichen Politik scheint die Vorbereitung zum Kriege, zum Weltkrieg um die Weltherrschaft, zu bilden.

7. Der Imperialismus und die innere Politik.

Immer mehr wird die auswärtige Politik bestimmend für die Entwicklung unserer inneren Verhältnisse. Wir haben gesehen, wie innig die imperialistische Politik mit dem Schutzzollsystem verknüpft ist. (Nur England macht da aus bestimmten historischen Gründen eine vorläufige Ausnahme.) Das Schutzzollsystem bedeutet aber eine Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen und dies zur selben Zeit, wo ohnedies die wichtigsten Lebensmittel ständig steigende Preise zeigen. Die rasche Entwicklung des Kapitalismus hat, wie wir gesehen haben, vor allem die hochkapitalistischen Industrien, die die Produktionsmittel liefern, begünstigt. Damit hat die Entwicklung der Landwirtschaft nicht Schritt gehalten. So sehen wir in allen Ländern eine immer stärker werdende Verteuerung der Lebensmittel und der industriellen Rohstoffe. Längst hat die überseeische Konkurrenz, die in der vorhergehenden Epoche die Getreidepreise zum Sinken brachte, aufgehört. Geblieben aber und noch gesteigert sind die Lebensmittelzölle, die untraglich auf die Lebenshaltung drücken. Zugleich haben die Industriezölle die Bildung von Kartellen und deren Ausnutzung zur Preistreiberei außerordentlich gefördert und so zum agrarischen noch den industriellen Preiswucherer gefügt. Die schutzzöllnerische Interessensolidarität zwischen Großagrariern und Großindustriellen hat diese Schichten auch politisch geeinigt und sie zur gemeinsamen Abwehr gegen den proletarischen Kampf um Erhöhung der Lebenshaltung verbunden.

Zu den Lasten der Schutzzölle treten die ungeheuren Lasten der Kriegsvorbereitung und der Kosten der Kolonialerwerbungen. Da Kolonialpolitik Gewaltpolitik ist, suchen alle kapitalistischen Staaten ihre Machtmittel möglichst zu stärken. Ein unerhörtes, stets sich beschleunigendes Wetttrüsten ist die Folge. Zum Militarismus und Marinismus tritt der Luftmilitarismus mit seinen rasch wachsenden Forderungen. An der Spitze stehen England und Deutschland; jede Vermehrung des einen beantwortet das andere Land mit einer noch stärkeren. Es ist eine Schraube ohne Ende. Das Wetttrüsten verschlingt Milliarden um Milliarden. Im Jahre 1911 gab Deutschland allein für Rüstungszwecke, wenn man die Zinsen für die dafür dienenden Staatsschulden hinzurechnet, über 1700 Millionen Mark aus, eine ungeheuerliche Summe. Unseren Regierenden aber zu wenig! Im Jahre 1912 nehmen die bürgerlichen Parteien unter Surra und unter Verzicht auf jede Kritik die neuen Wehrvorlagen an, die dem Militarismus und Marinismus bis 1917 neue 650 Millionen Mark in den Machen werfen. Und sofort antwortet England mit einer vorläufigen Verstärkung seiner Schlachtschiffbauten von 16 auf 21 neue Dreadnoughts für die nächsten fünf Jahre.

Für das Jahrzehnt 1899—1910 berechnet der bürgerliche Schriftsteller Fried die Militär- und Marineausgaben Deutschlands auf 11 867 Millionen Mark, fast 12 Milliarden! Die jährlichen Rüstungsausgaben

der europäischen Staaten, wie sie die offiziellen Militärbudgets liefern, also ohne die unsichtbaren und indirekten Ausgaben, betrugen im Jahre 1910 annähernd 9—10 Milliarden Mark; vor 20 Jahren noch betrugen sie bloß die Hälfte. 40 Proz. ihrer Einnahmen geben diese Staaten für den Militarismus aus, nur 5,6 Proz. für den öffentlichen Unterricht und nur 2,1 Proz. für die Rechtspflege!

Für Kulturaufgaben bleibt kein Geld, die Sozialpolitik steht still, im Reichstag erklärt die Regierung, die Herabsetzung der Altersgrenze der Versicherten von 70 auf 65 Jahre, eine auch nur halbwegs zureichende Versorgung für die Witwen und Waisen der auf dem Schlachtfelde der Industrie gefallenen Arbeiter, die Unterstützung der hungernden Veteranen selbst für unmöglich aus finanziellen Gründen, und die bürgerlichen Parteien geben sich zufrieden. Alles frisst Moloch Militarismus!

Da es aber die Kapitalisten sind, die den Staat beherrschen und zur Erhöhung ihrer Profite Kolonialpolitik treiben, und deshalb die staatlichen Machtmitteln fortwährend vermehren, so hätte es für sie ja gar keinen Sinn, wenn sie selbst aus eigener Tasche das Geld dafür bezahlten. Deshalb müssen die vom Kapital Ausgebeuteten auch noch das Geld für die Rüstungen, für die auswärtigen Abenteuer aufbringen. Nicht aus Besitzsteuern, nicht von den Reichen, sondern aus indirekten Steuern und Zöllen, aus Abgaben auf die notwendigsten Bedarfsartikel der breiten Massen, aus den Taschen der Armen werden die Milliarden zum Wetrüsten genommen. Das hat ja die letzte Finanzreform, die den arbeitenden Massen eine neue ungeheuerliche Last von beinahe einer halben Milliarde auferlegte, aufs neue bewiesen.

So steht alles in einem unzerreißbaren Zusammenhang: Schutzzollsystem, Steuerung, Kolonialpolitik, Wetrüsten, Stillstand der Sozialpolitik, der stets sich steigende Druck der indirekten Steuern und die wachsende Kriegsgefahr!

8. Steigender Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit.

Es sind seine Lebensinteressen, die das Proletariat zwingen, mit all seiner Macht den Kampf gegen diese Politik aufzunehmen, denn die Wirtschaftspolitik des Proletariats steht in Grundwiderspruch zu der der Kapitalisten. Der Kampf der Lohnarbeiter gegen das Kapital ist zunächst und innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ein Kampf um den Anteil an dem von der Arbeit geschaffenen Neuwert des jährlichen Produktes. Die imperialistische Politik hat aber die Tendenz, diesen Anteil zu verkürzen, seine Erhöhung zu verhindern. Sie stärkt die Macht der schweren Industrie, in denen die Kartelle und Trusts vorherrschen. Dies bedeutet zugleich die Erstarkung der Unternehmerorganisationen gegen die Gewerkschaften. Der gewerkschaftliche Kampf um die Erhöhung der Lebenshaltung wird erschwert, und dies zur selben Zeit, wo die Steuerung die Kaufkraft des Geldes senkt, die Erhöhung der Löhne schon zum Ausgleich der verteuerten Lebenshaltung zur Notwendigkeit wird. Die in den Kartellen und Trusts konzentrierte ökonomische Macht des Unternehmertums beherrscht zugleich politisch immer offenkundiger die Staatsmacht, unterwirft die Regierung völlig ihrem Willen, verhindert den sozialpolitischen Fortschritt und stellt die gesamte Verwaltung und Politik des Staates in den Dienst des Kampfes gegen die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse.

In der Handelspolitik verlangt das Interesse der Arbeiter vor allem die Ausdehnung des inneren Marktes. Je größer der Arbeitslohn, desto größer die Nachfrage der Arbeiter nach Waren. Diese Nachfrage bewirkt rasche Ausdehnung der Industrien der Fertigfabrikate, die relativ viel Arbeiter beschäftigen. Dadurch wird die Stellung der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkte günstiger, die Macht der Gewerkschaften steigt, die Siegesaussichten in den Lohnkämpfen verbessern sich. Für die Unternehmer aber bedeutet das eine Senkung ihres Profits, eine Verlangsamung ihrer Reichtumsanhäufung. Deshalb suchen auch sie den Markt zu erweitern, aber nicht den inneren durch Lohnerhöhung, sondern den äußeren. Sie brauchen dann nicht einen Teil des Profits als Lohnerhöhung an die Arbeiterklasse abzutreten, sondern sie exportieren ihn als Kapital ins Ausland. Daher hat die Handelspolitik der Unternehmer immer den äußeren, die der Arbeiter den inneren Markt im Auge und löst sich so insbesondere in Lohnpolitik auf. Die Kapitalisten dagegen halten an der Schutzzollpolitik fest. Bedeutet diese für die Arbeiter eine weitere Verschärfung der Steuerung, so für die Unternehmer leichtere, schnellere und festere Kartellierung, und damit die Ausbeutung der inländischen Konsumentenmasse durch ihre Monopolpreise. Je höher der Schutzzoll und je größer das durch ihn geschützte Gebiet, desto größer die Monopolprofite, desto heftiger aber auch der Gegensatz, in den die Kapitalistenklassen der verschiedenen Staaten zu einander geraten, desto heftiger ihr Streben, durch gewaltsame Expansion ihr Schutzzollgebiet zu erweitern und anderen Kapitalisten die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu erschweren. So wird das Schutzzollsystem zur Grundlage der imperialistischen Politik, und der Kampf um die Handelspolitik gewinnt damit neue, folgenreichere Bedeutung. Nicht mehr kämpft die Arbeiterklasse, indem sie für den Freihandel eintritt, gegen die Verteuerung ihrer Lebenshaltung und gegen die Auswucherung der Konsumenten durch die Monopolprofite der Agrarier und Kartellmagnaten allein; der Kampf gegen den Schutzzoll ist zugleich ein Kampf für die Erhaltung des Friedens. Mit der Entscheidung über die künftige Richtung der Handelspolitik wird auch die Frage Krieg oder Frieden zum guten Teil mitentschieden.

Wie in der Handelspolitik, so tritt auch auf allen anderen Gebieten der Gegensatz zwischen den proletarischen und kapitalistischen Interessen immer schärfer hervor. In der Steuerpolitik setzt das Proletariat der Auswucherung durch das indirekte Steuersystem stets sich steigenden Widerstand entgegen, mit denen die Besitzenden immer mehr rechnen müssen. Gegen das Wetrüsten entfaltet es eine unermüdliche Agitation, es entlarvt die nationalen Whrasen als täuschende Hebelarten, hinter denen sich großkapitalistische Profitinteressen verbergen, es bekämpft immer schärfer den Absolutismus in der auswärtigen Politik, es kämpft auch hier für die Durchsetzung der Demokratie und fordert, daß das Volk selbst die Entscheidung über Krieg und Frieden zu fällen habe.

9. Der Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Alle bürgerlichen Parteien stehen heute im Lager des Imperialismus. Nicht nur Konservative und Nationalliberale, die die Interessen des verbündeten Großgrundbesitzes und Großkapitals, der hohen Bureaucratie und Militärs vertreten, auch Zentrum und Freisinn haben jede

oppositionelle Bewegung gegen die Kolonialpolitik, gegen Militarismus und Marinismus aufgegeben. Sie verraten die Interessen ihrer Kleinbäuerlichen und Kleinbürgerlichen Wähler, für die der Imperialismus nur vermehrte Lasten bedeutet, und erfüllen bedingungslos die Wünsche des Großkapitals. So stark ist die Herrschaft des konzentrierten Kapitals über alle Schichten des Bürgertum und ihrer politischen Vertreter geworden!

So steht denn das Proletariat im Kampf für die Erhaltung des Friedens im wesentlichen allein. Aber seine ökonomische und politische Bedeutung nicht nur, sondern auch seine militärische ist ständig im Wachsen. Denn immer mehr überwiegt in den modernen Volkshereen das proletarische Element. Die Stimmung des Heeres aber, die Begeisterung, mit dem es in den Krieg zieht, ist in doppelter Beziehung von Bedeutung. Einmal bildet diese Stimmung ein wesentliches Element für den Sieg. In einem modernen Kriege kommt es für die Entscheidung immer mehr auf den einzelnen Mann an, auf seine Ausdauer, seine Tapferkeit, seine Opferbereitschaft. Diese wird dann um so größer sein, je mehr er das Bewußtsein von der Notwendigkeit und Gerechtigkeit des Kampfes hat. Deshalb gewinnt das Urteil der Massen selbst große Bedeutung. Gegen den Willen der Massen wird ein moderner Krieg immer schwieriger. Deshalb müssen die Massen das Wesen des Imperialismus zu erfassen trachten. Lernen sie hinter den imperialistischen Phrasen, hinter den nationalen Schlagworten das Wesen dieser Politik erkennen, durchschauen sie das kapitalistische Profitinteresse und werden sie sich der Opfer bewußt, die diese Politik im Frieden und noch im ungeheuersten Maße mehr im Kriege der Arbeiterklasse auferlegt, dann sind sie gesiegt gegen alle imperialistischen Verführungskünste, dann bleiben sie nüchtern, wenn die anderen vom nationalistischen Raufsch benebelt werden, dann gelingt es den Herrschenden nicht, jene Kriegsstimmung im Volke zu erzeugen, ohne die sie es nicht wagen können, einen Krieg zu entfachen. Und um so weniger können sie es wagen, weil sie nicht wissen können, wie die Volksmassen, die den Frieden wollen, sich verhalten werden, wenn sie es doch zur Katastrophe treiben. Hören wir, was Hebe! den Herrschenden in der Marokkodebatte darüber gesagt hat. Nachdem er gezeigt hatte, wie das Wettrüsten die Gefahr heraufzuführen, daß eines Tages der eine oder der andere Teil meint, lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende, ruft er der bürgerlichen Welt zu:

„Dann kommt die Katastrophe. Alsdann wird in Europa der große Generalmarsch geschlagen, auf den hin 16 bis 18 Millionen Männer, die Blüte der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwerkzeugen, gegeneinander als Feinde ins Feld rücken.

Aber nach meiner Ueberzeugung steht hinter dem großen Generalmarsch der große Ladderratsch. Er kommt nicht durch uns, er kommt durch Sie selber. Sie treiben die Dinge auf die Spitze, Sie führen es zu einer Katastrophe, Sie werden erleben, was wir heute nur im allerkleinsten Maßstabe erlebt haben. Sie werden es zu Kosten bekommen, Sie werden ernten, was Sie gesät haben. Die Götterdämmerung der bürgerlichen Welt ist im Anzuge. Seien Sie sicher: sie ist im Anzug! Sie stehen heute auf dem Punkte, Ihre eigene Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, Ihrer eigenen Staats- und Gesellschaftsordnung das Totenglocklein zu läuten. Was wird die Folge sein? Sinter diesem

Kriege steht der Massenbankrott, steht das Massenelend, steht die Massenarbeitslosigkeit, die große Hungersnot. (Widerspruch rechts.) Das wollen Sie bestreiten? Jeder, der die Dinge objektiv überfieht, kann sich der Nichtigkeit dessen nicht entziehen, was ich hier ausführe. Was hat denn schon das bißchen Marokkofrage in diesem Sommer erzeugt? Den bekannnten Run auf die Sparkassen, den Sturz aller Papiere, die Aufregung in den Banken! Das war erst ein kleiner Anfang, es war gegen die Wirklichkeit nichts! Wie wird das erst werden, wenn der Ernstfall eintritt? Dann werden Zustände herborgerufen werden, die Sie allerdings nicht haben wollen, die aber mit Notwendigkeit kommen — ich wiederhole: nicht durch unsere Schuld, durch Ihre Schuld. Vernt, Ihr seid gewarnt!“

Es ist die Furcht vor der sozialen Revolution, die Furcht vor dem sozialistischen Proletariat, die heute die sicherste Friedensgarantie ist. Ohne diese Angst vor ihren Erben hätte die bürgerliche Welt schon längst die Kriegsfurie entfesselt.

So wird es die wichtigste Aufgabe des Proletariats, unablässig die auswärtige Politik der Bourgeoisie zu überwachen, und sobald die Kriegsgefahr akut zu werden droht, seinen Friedenswillen zu bekunden, sein Bewußtsein der internationalen Solidarität durch mächtige Kundgebungen zu demonstrieren, der nationalen Zerrissenheit der Bourgeoisie seine internationale Geschlossenheit entgegenzusetzen. Gleichzeitig muß auch seine Vertretung in den Parlamenten alles daran setzen, um den Absolutismus in der auswärtigen Politik einzuschränken, der nationalistischen Verheerung unerbrochen und entschieden entgegenzutreten, immer unterstützt durch die Aktion der Massen selbst außerhalb des Parlaments.

Ununterbrochen und ständig aber geht dabei der Kampf des Proletariats gegen die ganze imperialistische Politik fort. Wir haben gesehen, wie das Wettrüsten zur unmittelbaren Kriegursache werden kann. Das Proletariat hat von jeher gegen die Rüstungspolitik gekämpft. Es hat von jeher jede Vermehrung von Heer und Flotte verweigert, die Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volkshoer gefordert, um das Heer aus einem etwaigen Angriffsmittel zu einem reinen Verteidigungsmittel, aus einem Mittel der Klassenherrschaft zu einem Hebel der Befreiung zu machen. Die Flotte aber ist längst ihrem Zwecke der Küstenverteidigung entwachsen und zu einem Machtmittel kapitalistischer Kolonialeroberung geworden. Ihre ständige Vermehrung steigert immer mehr insbesondere den Gegensatz zwischen England und Deutschland und ist eine unmittelbare Gefahr. Deshalb verlangen wir als ein momentanes Vorbeugungsmittel ein internationales Uebereinkommen zur Einschränkung der Flottenrüstungen und zur Abschaffung des barbarischen Seebeuterrechts, das die Kriegsschrecken noch durch die der Hungersnot steigern soll. Der Forderung der Herrschenden nach ständiger Mehrung setzen wir die unablässige Agitation nach Einschränkung der Rüstungslasten, nach Verminderung der Steuergelder für Sozial- und Kulturpolitik entgegen. Indem wir für diese Forderung kämpfen, zeigen wir den Herrschenden den Ausweg aus ihrer Kriegspolitik. Folgen sie uns nicht, dann sind sie auch für die Konsequenzen verantwortlich.

So treten wir überall in der Bekämpfung der imperialistischen Politik zu den herrschenden Massen in schärfstem Widerstreit. Ihrem Chauvinismus setzen wir die Befundung der internationalen Solida-

rität entgegen, ihrer Abperrungs- und Ausschließungspolitik die Forderung der Freiheit des Weltverkehrs, ihrer kolonialen Eroberungs- und Vergewaltigungspolitik und ihrer Flucht vor dem Sozialismus in immer neue Ausbeutungsgebiete den Kampf um Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung überhaupt.

10. Der Kampf um die Macht.

So steigert sich im Zeitalter des Imperialismus der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie immer mehr. Die Klassengegenstände verschärfen sich, der gewerkschaftliche und der politische Kampf wächst an Intensität und Umfang, und um immer wichtigere und bedeutungsvollere Entscheidungen wird gerungen. Zugleich hat die kapitalistische Entwicklung ihren höchsten Reifegrad erreicht. Alle Machtmittel, über die die Gesellschaft verfügt, werden vom Kapital zusammengefaßt. Es organisiert die Produktion in Kartellen und Trusts, vereinigt seine Macht in den Unternehmerverbänden, beherrscht mit seinen Organisationen die politischen Parteien wie die Regierungen und stellt die Staatsmacht in den unbedingten Dienst seiner Ausbeutungsinteressen im Innern und seines Ausdehnungsbedürfnisses nach außen. So faßt das Kapital alle wirtschaftlichen Potenzen der heutigen Gesellschaft bewußt zusammen, aber nicht im Interesse der Gesellschaft, sondern um den Grad der Ausbeutung der Gesellschaft auf eine bisher unerhörte Weise zu steigern. Aber das Klare, Augenscheinliche dieses Zustandes ist es gerade, das seine Dauer unmöglich macht. Er erweckt gegenüber der Aktion der Kapitalistenklasse, der die Konzentration der Produktionsmittel die immer mehr zunehmende Vereinheitlichung ihres Willens und ihres Handels gebracht hat, die Aktion des Proletariats, das sich seiner Macht nur bewußt zu werden braucht, um sie unwiderstehlich zu machen.

Je einheitlicher aber das Vorgehen der herrschenden Klassen geworden ist, je mehr alle ihre einzelnen Maßnahmen zu dem einen Zweck zusammengefaßt werden, sich dem Sozialismus durch die Flucht in neue Ausbeutungsgebiete zu entziehen, desto inniger sind auch alle politischen Einzelfragen mit einander versflochten, desto mehr muß auch die Arbeiterklasse diesen Zusammenhang erkennen, in den alle Einzelfragen zusammenfließen, und einsehen, daß es auf's Ganze geht, daß nur die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat diese Phase des Kapitalismus beenden kann.

So wächst sich der Kampf gegen den Imperialismus immer mehr zum Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit aus. Kriegsgefahr, Teuerung und Kapitalismus — Friede, Wohlstand für alle, Sozialismus! so ist die Frage gestellt. Großen Entscheidungen geht die Geschichte entgegen. Unablässig muß das Proletariat an seiner welthistorischen Aufgabe arbeiten, die Macht seiner Organisation, die Klarheit seiner Erkenntnis stärken. Möge dann kommen, was da will, mag es seiner Kraft gelingen, die fürchterlichen Greuel eines Weltkrieges der Menschheit zu ersparen oder mag die kapitalistische Welt nicht anders in die Geschichte versinken, wie sie aus ihr geboren ward, in Blut und in Gewalt: die historische Stunde wird die Arbeiterklasse bereit finden, und bereit sein, ist alles.

Gegen die Schundliteratur

zu kämpfen rufen wir hierdurch erneut die aufgeklärten Arbeiter und Arbeiterinnen auf. Denn es ist tief bedauerlich, daß immer noch allzuviel schlechte Bücher in den Arbeiterfamilien zu finden sind. Es ist keineswegs selten, daß Arbeiter, die es mit Entrüstung von sich weisen würden, zu Mitläufern kapitalistischer Parteien zu gehören, in ihren Wohnungen Schundhefte dulden, in denen eine muckerische, fürstenschmeichlerische Phantasie sich austobt, das wirkliche Leben verzerrend. Gewiß hat, wie der Körper auf Nahrung, auch die Phantasie ein Recht auf würdige Befriedigung. Diesem Unterhaltungsbedürfnis kommt unsere illustrierte Romanbibliothek „In Freien Stunden“ entgegen. Arbeiter und Arbeiterinnen!

In Freien Stunden ist Euer Blatt!

Jedes Heft ist illustriert und bringt außer dem Hauptroman noch eine zweite Novelle oder Erzählung und ein kleines Feuilleton: Novelletten, naturwissenschaftliche, kulturhistorische und humoristische Notizen. Jede Woche erscheint ein 24 Seiten starkes Heft für 10 Pfennig. Aber neben den schlechten Romanen sollen auch gleichzeitig die minderwertigen Velbrücke, die heute noch so häufig die Arbeiterwohnung „schmücken“, verdrängt werden. — Aus diesem Grunde hat sich der Verlag entschlossen, jedes halbe Jahr den Abonnenten von „In Freien Stunden“

ein Kunstblatt umsonst

zu geben, und zwar wird ein gut ausgeführter Zweifarben-Druck beigegeben. — Wir hoffen, daß diese Neueinrichtung unseren Freunden die Agitation für „In Freien Stunden“ erleichtern wird, und bitten wir nochmals im Interesse unserer Sache um weitgehendste Unterstützung. Probehefte liefert jeder Parteiposteur, jeder Kolporteur und der Verlag

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H.

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69